

Mär der Entlastung

Neue Studie soll Notwendigkeit der Ostumfahrung widerlegen. Stadt hält an Projekt fest.



■ WIENER NEUSTADT. „Als große Verkehrsentslastung und Chance für die Allzeit Getreue will die Politik die geplante Ostumfahrung verkaufen. So die Theorie. Die Praxis sieht ganz anders aus“, wettet Hannes Höller von der Radlobby Wiener Neustadt. Höller steht nicht alleine da. Anscheinend widerlegt eine neue Verkehrsstudie die Notwendigkeit der Ostumfahrung. „Die Prognosen in der Vergangenheit waren falsch. Statt der pro-

gnostizierten Explosion ging das Verkehrsaufkommen in der Nestroystraße in der Realität deutlich zurück. 14.900 Kfz/Tag rollten laut Verkehrserhebung des Landes NÖ



„Scheinbar will man sich die Notwendigkeit der Ostumfahrung schönreden.“

HANNES HÖLLER

Foto: Werfring

im Jahr 2000 durch die Nestroystraße. 2013 zählte das Land NÖ nur noch 11.600 Kfz/Tag. Um satte 22 Prozent weniger. Deutlich nach unten korrigiert wurden jetzt auch die Prognosen. In der Nestroystraße wurden ohne Ostumfahrung 20.200 Kfz/Tag für das Jahr 2020 prognostiziert, jetzt sind es nur noch 15.300 Kfz/Tag. Erreicht soll dieser Wert aber erst im Jahr 2030 werden. Um satte 24 Prozent weniger.



Die Ostumfahrung soll die Gemeinden der Region besser miteinander verbinden.

Foto: Archiv

Auch der Bedarf der Ostumfahrung wird jetzt deutlich geringer eingeschätzt. „Ging man zunächst von 17.000 Kfz/Tag (bis 2020) aus, sind es jetzt nur noch 14.200 Kfz/Tag (bis 2030). Um 16 Prozent weniger“, rechnet Höller vor. „Die Ostumfahrung bringt eine Verkehrsentslastung in den Ortsbereichen der Gemeinde Lichtenwörth und der Stadt Wiener Neustadt sowie eine verbesserte Erreichbarkeit unter den Gemeinden der Region und die Anbindung an das Burgenland. Das ist unumstritten. Genauso wie die

Tatsache, dass dadurch alternative Überlegungen betreffend die Grazer Straße möglich werden. Deshalb werden wir dieses Projekt auch weiter verfolgen“, versichert ÖVP-Klubobmann Philipp Gruber. Derzeit findet eine Feinabstimmung des Projektes seitens der Gruppe „Straße“ des Landes NÖ statt. Gruber: „Danach sind Gespräche mit der Gemeinde Lichtenwörth zu führen. Sollten die Gespräche zielführend sein, steht die Umweltverträglichkeitsprüfung an.“

1649503